

Volker Theo Eggeling

20.9.07

Mein Redebeitrag im Rat  
zum Meller Bahnhof

Vorab

Die gemeinsame Erklärung des Rates der Stadt Melle wird von mir unterstützt unter der Bedingung, dass der folgende Antrag mitgetragen wird.

Nicht unterstützen kann ich den Umgang der Stadtspitze mit den Mandatsträgern der Stadt. Es kann nicht angehen, dass der Lokalpresse und Verwaltung Aktivitäten von Neo-Nazis in der Stadt bekannt sind und der Bürgermeister hält sie der Mehrheit der politischen Verantwortungsträger bewusst vor. Was die Zeitung weiß, kann Mandatsträgern nicht mehr verschwiegen werden. Spätestens nach der VA-Sitzung am 4.9. hätte auch der Rat informiert werden müssen.

Wer anderes tut, verfährt geringschätzig und bevormundend mit dem Rat und macht seine Mitglieder zu potenziellen Lachnummern für die Menschen der Stadt nach dem Motto: 'Der Rat hat in wichtigen Fragen der Stadt eh keine Ahnung! Selbst die freien Mitarbeiter der Lokalpresse wissen mehr.' Es gibt keine Ermächtigung, ein Parlament in Kernfragen der Politik außen vor zu lassen.

**Ich stelle daher folgenden Antrag:**

„Was schon den Medien – Presse, Hörfunk, Fernsehen, Internet usw. – bekannt ist, darf künftig den Mandatsträgern der Stadt vom Bürgermeister nicht ohne zwingenden rechtlichen Grund bewusst vorenthalten werden.“

Unbefriedigend finde ich auch den Umgang der Stadtspitze und der Lokalpresse mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Auch sie hat man nicht oder sehr spät informiert. Ich habe v.a. 2 Argumente dafür gehört:

1. Der rechtsradikalen Szene darf durch Presseberichte nicht zu Bühne und Publicity verholfen werden. Ein – finde ich - widersprüchliches, wirklichkeitsfremdes und vordemokratisches Totschlagargument.

Widersprüchlich, weil das MK doch drei Tage lang dick und breit über die Vorgänge um den Meller Bahnhof berichtete. Das war dann satte Publicity .

Wirklichkeitsfremd, weil in unserer breit gefächerten, konkurrierenden Medienlandschaft, in der Schnelligkeit, Auflagen und Einschaltquoten dominieren, die Vorstellung eines verabredbaren Verzichts auf Nachrichten über Neo-Nazis absolut illusionär ist.

Vordemokratisch weil, 'politische Selbstzensur' in chinesische Medienlandschaften passen mag, aber nicht vertretbar ist für die Presse einer offenen Gesellschaft. Demokratische Presse ist der Aufklärung verpflichtet, nicht der Geheimhaltung. Es ist völlig abwegig, Nazi-Aktivitäten in Deutschland über eine Selbstzensur in der freien Presse lösen zu wollen.